

105. Beilage im Jahr 2020 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 105/2020

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 21.09.2020

Betreff: Als erstes kommt die Menschlichkeit! - Wir helfen zumindest 50 Menschen – Kindern und Familien – aus dem Flüchtlingslager Moria

Sehr geehrter Herr Präsident,

am Dienstag, den 8. September 2020 brach kurz vor Mitternacht im größten Flüchtlingslager Europas ein Brand aus, der die ohnehin schon menschenunwürdige Lebenssituation von knapp 13.000 Flüchtlingen noch weiter verschlechterte. Der starke Wind fachte das Feuer immer weiter an und so wurden die notdürftigen Behausungen, die Container und Zelte schnell von den Flammen erfasst. Tausende Menschen – Männer, Frauen und Kinder – rannten in die umliegenden Wiesen und Dörfer um sich in Sicherheit zu bringen. Ein Flüchtlingslager, das anfangs für knapp 3.000 Menschen vorübergehend Platz bot, ist am Ende mit der fast vierfachen Belegung aus allen Nähten geplatzt, was letztendlich zur Eskalation führte. Das Feuer, welches am darauffolgenden 9. September noch einmal ausbrach, zerstörte das Lager fast zur Gänze. Jetzt sind hunderte Kinder und Jugendliche und mehrere Tausend Menschen obdachlos und haben keine Aussicht auf Besserung.

Seit Monaten mehren sich die Stimmen, dass die Situation im Flüchtlingslager Moria mehr als menschenunwürdig ist und die ausgebrochene Covid-19 Pandemie im Lager über kurz oder lang zur Katastrophe führen wird. Diese Katastrophe ist mit dem Großbrand eingetreten. Das Lager wird mittlerweile sogar von renommierten Medien als "Guantanamo für Flüchtlinge"¹ bezeichnet. Viele Kinder haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, die Menschen leiden, anstatt zu leben. Bereits Anfang Februar forderte der UNHCR die Räumung des Lagers², seit Mitte März appelliert das EU-Parlament an Griechenland, die Lager zu räumen³. Im Lager selber teilten sich knapp 1.300 Menschen einen Wasserhahn und auf eine Toilette kommen in etwa 300 Menschen. Das sind menschenunwürdigste Zustände und für die Europäische Union eine absolute Schande!

Aktuell wird die Verantwortung zwischen der Europäischen Union und den Nationalstaaten hin- und hergeschoben. Es ist symbolhaft für die Sackgasse in der sich die

¹ <https://orf.at/stories/3180753/>.

² <https://www.theguardian.com/global-development/2020/feb/11/un-calls-for-urgent-evacuation-of-lesbos-refugee-camp>.

³ <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200323IPR75632/refugees-on-greek-islands-urgent-evacuation-to-prevent-spread-of-covid-19>.

europäische Asylpolitik befindet, dass solche Zustände herrschen müssen und damit weder humanitäre, noch rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet werden können. Auch die österreichische Bundesregierung hat sich – trotz der Hiobsbotschaften über die Brände – bis jetzt nicht durchgerungen, Schutzsuchende aufzunehmen und damit ein faires Asylverfahren sicherzustellen, obwohl immer mehr Menschen im Land an das Mitgefühl der Regierenden appellieren.

Bis dato ohne Erfolg. Das ist umso erstaunlicher, da Bundeskanzler Sebastian Kurz als Parteiboss der Neuen Volkspartei, damit dem eigenen Bundesparteistatus aus dem Jahr 2017 widerspricht. Dort heißt es in Paragraph 1, Absatz 1 ff., dass die ÖVP eine Partei sei, welche „christlich-demokratischen Grundsätzen“ folgt und für die die „Achtung der Menschenwürde (...) ihre oberste Verpflichtung“ sei. Zudem setze sich die Partei für das Wohl „aller Menschen“ ein. Die Neue Volkspartei führt also ihre eigenen Statuten ad absurdum und wirft - mit ihrer unmenschlichen Haltung - die christlich-soziale Tradition ein für alle Mal über Bord.

Umso wichtiger ist ein Signal aus den Bundesländern, dass diese Haltung nicht von allen ÖVP-Teilorganisationen mitgetragen wird und diese bereit wären, Kinder und Familien aus Moria aufzunehmen. Vorarlberg hat schon oft bewiesen, dass die Menschen im Land – wenn es um Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft geht – mit offenem Herzen und einer helfenden Hand reagieren. Angesichts der Situation auf Moria tun wir dies auch dieses Mal und nehmen zumindest 50 Menschen – Kinder und Familien – hier im Land auf. Die Kapazitäten dafür stehen zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür stark zu machen, dass in Zusammenarbeit mit den karitativen Trägern des Landes, mindestens 50 Menschen – Kinder und Familien – aus Moria in Vorarlberg aufgenommen werden, um ihnen so eine Chance auf ein faires Asylverfahren in einer würdevollen und sicheren Umgebung zu geben.“

Signiert von: Sabine Scheffknecht	
Datum:	21.09.2020 10:44:55
<small>Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr 910/2014 vom 23. Juli 2014 ("eIDAS-VO") die gleiche Rechtswirkung wie ein handschriftlich unterschriebenes Dokument.</small>	
Dieses Dokument ist digital signiert!	
<small>Prüfinformation: Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: www.handy-signatur.at</small>	 

LAbg. KO Dr Sabine Scheffknecht PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG